

Rentenlücke durch hohes Alter; Deutsche unterschätzen ihre Lebenserwartung erheblich

Von Andreas Hoffmann

Die Deutschen leben offenbar länger, als sie selbst erwarten. Das geht aus einer Studie des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA) hervor, die am Dienstag vorgestellt wurde. Danach würden die meisten Bürger die tatsächliche Lebenserwartung um fünf bis sieben Jahre unterschätzen. Die Männer leben im Schnitt 81,6, die Frauen 87,5 Jahre - eine Folge des medizinischen Fortschritts. Wie das von der Deutschen Bank und der Zürich-Gruppe getragene Institut weiter mitteilte, hat die Fehleinschätzung Folgen für das Leben im Ruhestand. 60 Prozent der Haushalte würden nicht ausreichend für das Alter vorsorgen.

Der Hintergrund: Durch die höhere Lebenserwartung erhalten die Menschen länger Rente, die so genannte Rentenbezugsdauer für Männer steigt auf 17,4 Jahre, bei Frauen sind es 24,2 Jahre. Gleichzeitig haben die Rentenreformen von Rot-Grün aus dem Jahren 2001 und 2004 die Nettorenten verringert, im Schnitt klafft eine monatliche Lücke von anfangs 150 Euro, wenn der Arbeitnehmer in den Ruhestand wechselt. Bei älteren Menschen über 60 Jahren liegt sie nur bei 61 Euro, bei den 40 bis 49jährigen bei 215 Euro, allerdings könnte diese Lücke im Laufe der Zeit noch steigen, weil sich Teile der Reformen erst später auswirken werden. "Der Vorsorgebedarf für die Rente wird um ungefähr 40 Prozent unterschätzt", sagte Axel Börsch-Supan, Leiter des Mannheimer Forschungsinstitut für Ökonomie und demografischen Wandel. Er ist Hauptautor der Studie.

Der Experte forderte Konsequenzen, lehnte aber Überlegungen der CSU ab, wonach die Bürger zu einer privaten Altersvorsorge verpflichtet werden sollen. Damit würde man kaum die Menschen erreichen, die am nötigsten vorsorgen müssten, sagte er. Er plädierte dafür, die so genannte Entgeltumwandlung zu ändern, bei der Arbeitnehmer Teile des Gehalts sozialabgabenfrei für das Alter ansparen. So sollten prinzipiell alle Beschäftigten eine solche betriebliche Altersvorsorge abschließen. Wer dies nicht wolle, müsse sich gezielt dagegen aussprechen.

(...)

Der vollständige Artikel erschien in der Süddeutschen Zeitung am 3. August 2005